

treffend den Umgang mit und die Entsorgung von als nicht mehr für Verteidigungszwecke benötigt erklärtem Plutonium und die diesbezügliche Zusammenarbeit durchzuführen, wie in dem Protokoll zur Änderung des Abkommens zum Ausdruck kommt, das am 13. April 2010 von der Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika, Frau Hillary Clinton, und dem Außenminister der Russischen Föderation, Herrn Sergej W. Lawrow, unterzeichnet wurde;

10. *nimmt Kenntnis* von der Absicht der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika, andere Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch weiterhin angemessen über die von ihnen getroffenen Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Kernwaffen unterrichtet zu halten;

11. *nimmt außerdem Kenntnis* von den steigenden Erwartungen der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf weitere Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung, bekundet ihre Unterstützung für die laufenden und die künftigen Anstrengungen auf diesem Gebiet und fordert alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, einen aktiven Beitrag zum Abrüstungsprozess zu leisten.

RESOLUTION 65/62

Verabschiedet auf der 60. Plenarsitzung am 8. Dezember 2010, ohne Abstimmung, auf Empfehlung des Ausschusses (A/65/410, Ziff. 88)¹⁴⁴.

65/62. Maßnahmen zur Verhinderung des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen

Die Generalversammlung 13. April 2010 in Washington das Gipfeltreffen über nukleare Sicherheit stattfand, *unter Hinweis* auf ihre Resolution 64/38 vom 2. Dezember 2009, *aner kennend*, dass der Beirat für Abrüstungsfragen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen betreffende Fragen *in Anbetracht* der von der internationalen Gemeinschaft geprüft hat in den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen,

tief besorgt über die wachsende Gefahr der Verknüpfung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen und

insbesondere über die Möglichkeit, dass Terroristen den Erwerb von Massenvernichtungswaffen anstreben,

in Kenntnis der von den Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats, *erwartend*, dass alle nichtgebundenen Länder

¹⁴⁷ für Maßnahmen zur Verhinderung des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen zum Ausdruck gebracht wurde,

sowie davon Kenntnis nehmend, dass die Gruppe der Acht, die Europäische Union, das Regionalforum des Verbands Südostasiatischer Nationen und andere bei ihren Beratungen den von dem wahrscheinlichen Erwerb von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen ausgehenden Gefahren sowie der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zu dessen Bekämpfung Rechnung getragen haben und dass die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten

¹⁴⁸,

Kenntnis nehmend von den einschlägigen Resolutionen, die von der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation auf ihrer vierundfünfzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet wurden¹⁴⁹,

¹⁴⁴ Der in dem Bericht empfohlene Resolutionsentwurf wurde im Aus-

sowie Kenntnis nehmend von dem Ergebnis des Weltgipfels 2005, das auf der Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene im September 2005 verabschiedet wurde¹⁵⁰, und der Verabschiedung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus am 8. September 2006¹⁵¹,

ferner Kenntnis nehmend von dem gemäß Ziffer 5 der Resolution 64/38 vorgelegten Bericht des Generalsekretärs¹⁵²,

in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, diese Bedrohung der Menschheit im Rahmen der Vereinten Nationen und durch internationale Zusammenarbeit anzugehen,

betonend, dass auf dem Gebiet der Abrüstung und Nichtverbreitung dringend Fortschritte erzielt werden müssen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu den weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen,

1. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, die internationalen Anstrengungen zu unterstützen, mit denen verhindert werden soll, dass Terroristen Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme erwerben;

2. *appelliert* an alle Mitgliedstaaten, den baldigen Beitritt zu dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen¹⁴⁵ und seine rasche Ratifikation zu erwägen;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, in-